

10. Weitere Besondere Vertragsbedingungen

10.1 Steuerabzug bei Bauleistungen

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, jede vom zuständigen Finanzamt vorgenommene Änderung in Bezug auf eine vorgelegte Freistellungsbescheinigung (§ 48b EStG) dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

10.2 Freistellungsbescheinigung / Rücknahme – Widerruf

Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber unverzüglich, innerhalb von einem Werktag, von der Rücknahme oder dem Widerruf der Freistellungsbescheinigung schriftlich zu unterrichten. Für den Fall, dass keine gültige Freistellungsbescheinigung für eine Schlusszahlung vorliegt, gilt als Tag der Schlusszahlung die Zahlung an den Auftragnehmer, nicht die Zahlung an das Finanzamt. Die Mitteilung nach § 16 Nr. 3 Abs. 2 VOB/B ist daher nach der Zahlung an den Auftragnehmer zu machen und gemeinsam mit der Unterrichtung über die Höhe des Steuerabzugs dem Auftragnehmer zu übersenden.

10.3 Ergänzung zu Nr. 2.2

Die Bezugsgröße zur Berechnung der Vertragsstrafe ist bei der Überschreitung von Zwischenterminen der Wert, der bis zu diesem Zeitpunkt vertragsmäßig zu erbringenden Leistung. Tage, die bei Überschreitung von Zwischenterminen in Ansatz gebracht worden sind, werden bei weiteren Zwischenterminen bzw. dem Endtermin bei der Berechnung der Vertragsstrafe nicht nochmals berücksichtigt.

10.4 Ergänzung zu 5. Sicherheitsleistungen für Mängelansprüche

Die Sicherheit für Mängelansprüche beträgt 3 Prozent der festgestellten Schlussrechnungssumme inkl. Umsatzsteuer.

Die Rückgabe der Sicherheit für Mängelansprüche erfolgt nach vollständigem Ablauf der Verjährungsfrist für Mängelrechte sowie Erfüllung der bis dahin erhobene Ansprüche.

10.5 Betriebshaftpflichtversicherung

Der Auftragnehmer hat bei Auftragserteilung den Nachweis über wirksames Bestehen einer Betriebshaftpflichtversicherung, einschließlich einer Basisumweltdeckung für die Zeit der Auftragserfüllung für seinen Betrieb zu erbringen. Die Deckungssummen müssen pro Schadensfall mindestens betragen:

Euro **3.000.000** für Personenschäden

Euro **3.000.000** für sonstige Schäden

Durch die Haftpflichtversicherung wird der Umfang der Haftung des Auftragnehmers gegenüber dem Auftraggeber nicht eingeschränkt.

10.6 Bauwesensversicherung

Der Auftraggeber schließt eine Bauwesensversicherung ab, die den Auftragnehmer hinsichtlich der von ihm zu erbringende Leistung einschließt. Bei einem Schadensfall wird der Auftragnehmer mit einem Selbstbehalt von **500, -- Euro** belastet. Eine Ausnahme stellen Schadensfälle aus Gewässer oder durch Grundwasser dar. Diese sind ebenfalls mitversichert, sofern das HHW10 überschritten wird. Der Selbstbehalt beträgt in diesem Fall **2.500, -- Euro**. Die Beteiligung des Auftragnehmers an der Bauwesensversicherung beträgt **0,15 %** der Bruttoabrechnungssumme. Sie wird laufend in Abzug gebracht.

10.7 Müllentsorgung und Schuttcontainer

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alle durch ihn verursachten Abfälle (Bauschutt, Abbruch- und eigenes Verpackungsmaterial), Verunreinigungen und Beschädigungen auf dem Baugrundstück, den umliegenden Grundstücken sowie den öffentlichen Verkehrswegen grundsätzlich täglich zu beseitigen. Geschieht dies trotz Aufforderung der Objektüberwachung und unter Setzung einer angemessenen Nachfrist nicht, ist die Objektüberwachung nach Ablauf der Nachfrist berechtigt, eine Fremdfirma mit der Leistung zu beauftragen. Sind mehrere Auftragnehmer für die Unterlassung verantwortlich, erfolgt die Kostenumlegung nach billigem Ermessen der örtlichen Objektüberwachung.

Zum Zeitpunkt der Rohbaufertigstellung wird auf der Baustelle ein Wertstoffhof installiert. Für alle Auftragnehmer gilt ab diesem Zeitpunkt, dass der vor Ort vorgehaltene Wertstoffhof verwendet werden muss. Die von den Auftragnehmern aufgenommenen eigenen Abfälle und Schuttreste sind sortenrein in die jeweiligen Schuttcontainer zu verbringen. Lediglich gemischter Schutt ist in die dafür vorgesehenen Container zu verbringen.

Die Beteiligung der Haustechnik- und Ausbau-Auftragnehmer (außer des Auftragnehmers Gerüstbau sowie Auftragnehmer die ihre Leistungsfertigstellung vor der Rohbaufertigstellung haben) für die Nutzung des Wertstoffhofes beträgt 0,8 % der Bruttoabrechnungssumme. Sie wird laufend in Abzug gebracht.

10.8 Bauschild

Die Bauherrschaft lässt ein gemeinsames Bauschild aufstellen. Die jeweiligen Auftragnehmer erhalten eine in der Ausführung einheitliche Firmentafel (mit Gewerk, Name, Anschrift, Telefon- und Faxnummer). Eigene Firmenschilder oder Firmenwerbung sonstiger Art des Auftragnehmers sind nicht gestattet.

10.9 Baustellenkamera

Im Falle von auftretenden Diebstählen, Vandalismus, Missbrauch der Müllentsorgungsanlage oder sonstigen Missbräuchen auf dem Baugelände behält sich der AG vor, Überwachungskameras nachzurüsten. Die Aufzeichnungen dienen dann dem Zweck der Diebstahlprävention, Verhinderung von Vandalismus und Speicherung des Baufortschritts.

Sollten Subunternehmen des ANs zum Einsatz kommen, so obliegt diesem die Verantwortung, seine eingesetzten Subunternehmen über die Aufzeichnung zu informieren.

10.10 Baustrom / Bauwasser

Baustromversorgungs- und Bauwasserversorgungsanlagen werden durch den Auftraggeber erstellt und unterhalten. Die Abrechnung der Verbrauchskosten erfolgt direkt vom Auftraggeber mit den entsprechenden Versorgungsunternehmen. Die Anschlusspunkte sind dem als Anlage beigefügten BE-Plan zu entnehmen.

Die Beteiligung des Auftragnehmers für die Nutzung des vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Baustroms / Bauwassers beträgt 0,6 % der Bruttoabrechnungssumme. Sie wird laufend in Abzug gebracht.

10.11 Datenaustausch / Datenplattform für Planunterlagen

Dem AN wird ein Zugang auf den sog. DPR-Raum (Projektdatenraum) eingerichtet. Der Download und Druck der erforderlichen (Plan-) Unterlagen erfolgt dann direkt über den AN. Ein Versand von Papierplänen durch den AG als Ausführungsgrundlage für den AN ist nicht vorgesehen.

10.12 Koordinationsbesprechungen

Es ist geplant, während der Errichtung vor Ort tägliche Koordinationsbesprechungen mit dem AN durchzuführen. Darüber hinaus ist einmal wöchentlich die Anwesenheit in einer Baustellenbesprechung einzuplanen. Der Auftragnehmer hat hierzu auf Anforderung den Projektleiter bzw. dessen kompetenten Vertreter zu entsenden.

Im Rahmen dieser Koordinationsbesprechungen ist vorgesehen im gegenseitigen Einvernehmen zwischen AN und AG verbindliche Einzelfristen zu vereinbaren. Diese sind in einem Protokoll schriftlich zu fixieren. Der Vertreter der ausführenden Firma ist mit den notwendigen Kompetenzen auszustatten und ist vor Ausführungsbeginn zu benennen.

10.13 Bautagebuch

Der AN hat sein Baustellentagebuch digital oder in Papier der Objektüberwachung wöchentlich zur Baubesprechung unaufgefordert vorzulegen. Darin ist neben den Mindestanforderungen der Behörden die erbrachte Bauleistung zu beschreiben sowie ein Bericht über Baufortschritt, besondere Vorkommnisse, Aufnahme und Abschluss von Teilleistungen, die Zahl der am Bau beschäftigten Arbeitskräfte u. ä. zu erstatten.

10.14 Bauleiter, Vorarbeiter und Aufsichtspersonen

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Baustelle während der gesamten Bauzeit mit einem, der deutschen Sprache mächtigen Bauleiter besetzt zu halten, der verantwortlich die Einhaltung aller Sicherheitsmaßnahmen gemäß BayBO, Unfallverhütungsvorschriften, Arbeitsstättenrichtlinien, Auflagen der Berufsgenossenschaften überwacht und entsprechende Maßnahmen ergreift. Darüber hinaus ist der SiGe-Plan zu beachten und den Weisungen des SiGe-Koordinators Folge zu leisten. Die Verantwortung erstreckt sich auf die Baustelle und die angrenzenden Flächen, für die Verkehrssicherungspflicht besteht. Vom Auftragnehmer ist der firmeneigene verantwortliche Sicherheitsbeauftragte zu benennen. Die Vorarbeiter bzw. Aufsichtspersonen müssen der deutschen Sprache fließend in Wort und Schrift mächtig sein.

10.15 Haftung

Die Gefahrtragung richtet sich nach § 644 BGB.

10.16 Terminplan

Der Auftragnehmer hat in Abstimmung mit der zuständigen OÜ einen Terminplan über seine vertraglichen Leistungen zu erstellen. Dieser ist als .pdf und idealerweise als .mpp (MS Project) zu übergeben. Anhand dessen wird die Einhaltung der Vertragsfristen nachgewiesen und überwacht. Die Vertragsfristen ergeben sich aus den Besonderen Vertragsbedingungen (Formblatt 214, Punkt 1 Ausführungsfristen). Die Festlegungen des Auftraggebers, z.B. zur baufachlichen oder terminlichen Koordinierung mit den übrigen Leistungsbereichen, sind zu berücksichtigen. Bei Änderungen der Vertragsfristen oder bei erheblichen Abweichungen von sonstigen Festlegungen ist der Plan durch den Auftragnehmer unverzüglich zu überarbeiten. Der Plan ist dem Auftraggeber 10 Werktage nach Auftragserteilung, bei Überarbeitungen unverzüglich jeweils digital (über den DPR) zu übergeben.

10.17 Koordinierung

Der Auftragnehmer hat seine vertraglichen Leistungen verantwortlich zu koordinieren. Er hat seine Leistungen ferner mit anderen Bauunternehmen und Lieferanten, Vor- und Nachfolgewerken abzustimmen, so dass es nicht zu Behinderungen oder sonstigen Störungen im Projektablauf kommt. Die vom Auftraggeber eingesetzte Objektüberwachung und Projektsteuerung entbindet ihn nicht von dieser Verpflichtung.

Materialanlieferungen, die zu logistischen Einschränkungen auf den sonstigen An- und Ablieferungsverkehr führen sind frühzeitig, mindestens 2 Wochen vor Anlieferungstermin, bei der Objektüberwachung zur Abstimmung und Koordination anzumelden. Volumenhaltiges Material ist nur in Mengen, die kurzfristig verarbeitet werden können anzuliefern und auf der BE-Fläche zu lagern. Die Nutzung der BE-Fläche als Hauptlager über mehrere Wochen ist damit untersagt bzw. nur in Abstimmung und Zustimmung mit der OÜ möglich.

10.18 Vorleistungsprüfung

Es ist Aufgabe des AN, sich jeweils 5 Arbeitstage vor Beginn seiner einzelnen Arbeiten an der Baustelle vom Zustand und dem Stand der Vorleistungen zu unterrichten. Kommt der AN zu der Meinung, dass

er mit dem vorgesehenen Beginn seiner Arbeiten behindert ist, so hat er sofort die Objektüberwachung zu informieren, damit eventuelle Behinderungen noch rechtzeitig beseitigt werden können:

10.19 Arbeitsunterbrechung

Schriftliche Anzeigepflicht gegenüber der OÜ:

- Alle Einzelleistungen, die eingeleitet, unter- oder abgebrochen und begonnen werden oder abgeschlossen sind.
- An- und Abmeldung des Führungspersonals, der Erfüllungsgehilfen vor und nach Arbeitsunterbrechungen.

Anfallende Stillstandszeiten sind vorab anzumelden. Grundsätzlich sind jedoch die Arbeiten so zu koordinieren, dass Wartezeiten vermieden werden.

Weisungsberechtigt, Arbeitsunterbrechungen anzuordnen sind die Geschäftsführung des AG, dessen technische Leitung und die Objektüberwachung, bzw. Fachbauleitung.

10.20 Arbeitssicherheit

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftrag so auszuführen, dass das Gesetz über technische Arbeitsmittel, die maßgeblichen Unfallverhütungsvorschriften, andere Arbeitsschutzvorschriften sowie im Übrigen die „allgemeinen anerkannten sicherheitstechnischen und arbeitsmedizinischen Regeln“ beachtet werden.

Der SiGeKo hat Weisungsbefugnis in allen Belangen der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes. Diese Weisungsbefugnis berührt nicht die Verantwortung der Unternehmen zur Einhaltung der einschlägigen Unfallverhütungsvorschriften bzw. der sonstigen für den Arbeitsschutz und die Unfallverhütung geltenden Gesetze, Verordnungen, Richtlinien und Durchführungsanweisungen. Die vorgenannte Weisungsbefugnis befreit die Unternehmer ebenfalls nicht von ihrer Abstimmungspflicht mit anderen Unternehmen entsprechend der Unfallverhütungsvorschrift "Allgemeine Vorschriften" (VBG 1, § 6, Abs. 2) sowie der betreffenden Landesbauordnung. Siehe hierzu auch Baustellenordnung. Diese Verpflichtung ist ein Teil des Vertrages.

10.21 Toiletten, Sanitärcontainer

Auf der Baustelle und der BE-Fläche werden auf Kosten des AG für alle Firmen – auch für den Auftragnehmer Rohbau - Sanitärcontainer mit Toiletten zur Verfügung gestellt.

Werden die vom AG zur Verfügung gestellten sanitären Einrichtungen unsachgemäß benutzt, beschädigt oder unsauber hinterlassen, so steht es dem AG zu, dem AN die Nutzung dieser Anlagen zu untersagen und die Kosten der Instandsetzung / Reinigung in Rechnung zu stellen. Der AN ist dann für die Gestellung der Toiletten / sanitären Einrichtungen für seine Mitarbeiter inkl. Unterhalt selbst verantwortlich.

10.22 Baustelleneinrichtung

Die Flächen der Baustelleneinrichtung (BE-Flächen) sind in diesem Projekt begrenzt. Der AG hat in einer zweistöckigen Containeranlage 9 Stück absperrbare Mannschafts- und Materialcontainer für ausführende Firmen (Auftragnehmer) vorgehalten. Diese Container sind von den Auftragnehmern, die absperrbare Räume benötigen, anzumieten – in einer vom Auftragnehmer benötigten Stückzahl. Die Container sind ausgestattet mit: absperrbare Zugangstür, Drehklappenfenster mit Rollläden, Heizung, Licht und 2x4 Steckdosen (Wechselstrom). Weitere Ausstattungen sind von der jeweiligen Firma einzustellen, wie zum Beispiel Tisch, Stühle, Schränke etc.. Verpflegungspausen im Neubau sind nicht erlaubt. Diese sind ausschließlich in den Containern der Firmen abzuhalten. Das Übernachten auf der Baustelle ist untersagt.

Die Miete beträgt pro Container / pro St. Woche (incl. Heizung, Strom, Licht): **50,00 EUR brutto**. Sie wird laufend in Abzug gebracht.

Sofern diese 9 Stück Container belegt sind, sind vom Auftragnehmer eigene Container in Abstimmung mit dem Auftraggeber vorzusehen – **ein Hinweis hierzu steht in den jeweiligen gewerkespezifischen**

ZTV. Die Mitteilung der genauen Lage und Verortung dieser Container erfolgt durch die Objektüberwachung des AG. Materiallagerung bzw. „Baustellenbüros“ des AN innerhalb des Bauwerks (mit Versperren einzelner Räume) sind nicht gestattet.

10.23 Hygiene und Gesundheitsschutz, Sauberkeit auf der Baustelle

Es darf nur einwandfrei gewartetes und gereinigtes, sowie rostfreies und neuwertiges Gerät verwendet werden. Auf Hygiene, Gesundheitsschutz und saubere Kleidung etc. ist zu achten (Kleidung, Auftreten, Sauberkeit). Insbesondere gelten die Vorgaben des SiGeKo. Sämtlicher Müll ist laufend fachgerecht zu entsorgen. Rauchen ist ausschließlich auf den Freiflächen der Baustelle gestattet. Die fachgerechte Entsorgung von Zigarettenstümmeln ist sicher zu stellen. Alkohol- und sonstiger Drogenkonsum ist auf der gesamten Grundstücksfläche der Schule (einschließlich Baustelle inkl. Freiflächen) strikt untersagt. Für Pausen und Speisenaufnahmen werden bauseits Flächen für den Mannschaftscontainer zur Verfügung gestellt.

10.24 Wohnunterbringung

Eine Wohnunterbringung ist auf der BE-Fläche und dem gesamten Grundstück des AG ausdrücklich untersagt.

10.25 Arbeitszeit

Für die Ausführung der Arbeiten gelten die Rahmenarbeitszeiten von **Montag bis Samstag von 7.00 bis 17.00 Uhr**. Bei Arbeiten an Sonn- und Feiertagen ist durch den AN eigenständig, aber in Abstimmung mit der OÜ bzw. dem BH ein Antrag im Gewerbeamt zu stellen.

10.26 Abrechnungsunterlagen

Sämtliche Abrechnungsunterlagen sind grundsätzlich digital im Original mit allen Rechnungsanlagen an die Objektüberwachung / Fachbauleitung mit Rechnungsanschrift des Auftraggebers:

Landratsamt Landshut
Josef-Neumeier-Allee 1
84051 Essenbach

über den Digitalen Projektraum (DPR) inkl. Infomail (mit CC: AG und PS) zu überstellen. Die Abrechnungsunterlagen müssen das durch die Objektüberwachung des AG bestätigte Aufmaß enthalten. Der Rechnungseingang bei der Objektüberwachung / Fachbauleitung gilt als Rechnungseingang beim Auftraggeber.

Auf allen Rechnungen ist die Baumaßnahme, Auftragsnummer des Auftraggebers und die Art der Rechnung anzugeben. Abschlagsrechnungen sind kumulativ abzüglich bereits gestellter Rechnungen zu erstellen. Sie sind fortlaufend zu nummerieren und haben alle bis zum Stichtag erbrachten Leistungen nach Positionen/Leistungen und Maßnahmen getrennt und prüfbar auszuführen. Die Umsatzsteuer ist getrennt auszuweisen.

Auf § 16 Abs. 1 Nr. 1 VOB/B wird in diesem Zusammenhang besonders hingewiesen (Die Leistungen sind durch eine prüfbare Aufstellung nachzuweisen, die eine rasche und sichere Beurteilung der Leistungen ermöglichen muss).

Jede Rechnung ist ferner so aufzustellen, dass die Reihenfolge der LV-Positionen gem. Hauptangebot eingehalten bleibt. Sind Nachträge beauftragt, sind die entsprechenden Nachtrags-Positionen stets am Ende der Rechnung als eigener Nummernblock aufzuführen und dem jeweiligen Nachtragsangebot zuzuordnen.

Es dürfen nur freigegebene Nachträge abgerechnet werden. Leistungen, die nach Ausführung nicht mehr nachvollziehbar sind, sind mittels Fotos zu dokumentieren. Bei Massenmehrungen größer 10% sind unaufgefordert entsprechende Erläuterungen vorzulegen.

10.27 Sonstiger Schriftverkehr

Schriftverkehr mit dem Auftraggeber ist ausschließlich wie folgt zu führen:

- Schriftverkehr mit dem Bauherrn, über Behinderungen und deren Anzeige, Anmeldung von Nachträgen oder Vergütungsansprüchen, Bedenkenanmeldungen und Schreiben mit Auswirkungen auf den Inhalt des geschlossenen Bauwerkvertrages (Vertragsänderungen) per E-Mail an die Objektüberwachung, die PS und den BH. Der Auftraggeber erhält diesen zusätzlich im Original.
- Alle anderen Schreiben per E-Mail an das beauftragte Planungsbüro, in Kopie (CC) an die PS und den AG.

10.28 Nachtragsangebot (zu § 2 Nr. 5+6 VOB/B)

Für nicht im Angebot enthaltende oder geänderte Leistungen sind rechtzeitig unaufgefordert schriftliche Nachtragsangebote digital über den DPR direkt an die Objektüberwachung / Fachbauleitung (inkl. in Kopie CC an den AG und an die PS) einzureichen.

Nachtragsangebote haben in jedem Fall neben den Einheitspreisen auch die zugehörigen Mengenangaben zu enthalten. Bei Nachtragsangeboten ist zu jeder Einzelposition eine detaillierte Kalkulation auf Grundlage der Kalkulation zum Hauptangebot aufzustellen, aus der Material-, Geräte- und Lohnkosten sowie der Mittelohn und die Zuschlagsätze ersichtlich sind.

10.29 Nachlässe des Hauptauftrages

Vereinbarte Nachlässe des Hauptauftrages gelten auch für Nachtragsforderungen.

10.30 Dokumentation gem. Dokumentationsrichtlinie

Für die Erstellung der Dokumentationsunterlagen ist die *Dokumentationsrichtlinie für ausführende Firmen* zu berücksichtigen und in Abstimmung mit der Objektüberwachung vorzunehmen.

10.31 Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, oder sollte sich eine Lücke herausstellen, so berührt dies die Gültigkeit aller übrigen Vertragsregeln nicht.

10.32 Ort

Erfüllungsort und Gerichtsstand für den Auftragnehmer ist die Baustelle. Gerichtsstand ist, wenn der Auftragnehmer Kaufmann ist, **Landshut**. Ansonsten gilt die gesetzliche Regelung.

--- Ende der Weiteren Besonderen Vertragsbedingungen. ---